Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.



Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Montag, den 16. Juni 1879. Nr. 274

Deutscher Reichstag.

59. Plenar-Sitzung vom 14. Juni.

Der Präsident v. Seydewitz eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen.

Anwesend noch nicht 100 Mitglieder.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts für das Jahr 1879/80.

Das Haus genehmigt zunächst einige Urlaubsgesuche.

Tagesordnung:

Fortsetzung der ersten Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die Verfassung und Verwaltung von Elsaß-Lothringen.

Abg. v. Puttkamer (Löwenberg) erklärt, daß man nach der gestrigen Rede des Abg. North und der ruhigen und besonnenen Haltung desselben mit großer Zuversicht der Entwickelung der Dinge in Elsaß-Lothringen entgegensehen könnte, daß indessen neben dieser Hoffnung die Rede des Abg. Guerber als warnendes Bild und als Beweis für die Nothwendigkeit der Vorsicht dastehe, welche die Regierung in der Vorlage angewendet habe. Die Vorlage komme den Reichslanden mit einem überaus großen Maß von Vertrauen entgegen, und bedauert Redner, daß durch die Einsetzung eines Statthalters der Reichskanzler so gut wie gänzlich aus dem Bereich der Verwaltung für Elsaß-Lothringen ausscheide, wenn er auch verantwortlich bleibe für den Rath, den er in diesen Angelegenheiten Sr. Majestät dem Kaiser noch fernerhin ertheile. Die Institution des Statthalters habe die Bedeutung eines gewiß sehr ernst gemeinten, aber doch immer nur eines Versuches, der aufgehoben werden könne, wenn er sich nicht bewähre. Auf die Frage der Organisation des Ministeriums eingehend, vermißt Redner, daß der Staatssekretär kein eigenes Ressort habe, und bedauert dies, wie er auch die Trennung von Unterricht und Kultus für einen Fehler hält. (Sehr richtig!) Der Unterricht könne auf die Dauer die Kirche nicht entbehren und die Kirche könne ihre hohe Aufgabe nur halb erfüllen, wenn sie aus der Schule entfernt werde. (Sehr richtig!) Ferner vermißt Redner eine eigene Abtheilung für Handel und Verkehr und öffentliche Bauten, es würde nicht unmöglich sein, eine solche Abtheilung einzurichten. Demnächst geht der Redner auf die in § 9 der Vorlage vorgesehene Einrichtung des Staatsraths ein und behauptet, daß seiner Ansicht nach Preußen mit der thatsächlichen Abschaffung des Staatsraths ein schlechtes Geschäft gemacht habe. (Zustimmung.) Darüber, daß man in Preußen eines Staatsraths dringend bedürfe, herrsche wohl kein Zweifel; einmal schon hinsichtlich der rein technischen und redaktionellen Feststellung der Gesetzentwürfe, denn unsere Gesetzessprache sei in Verfall. Die Hauptsache sei aber die, daß in dem Staatsrath eine Anzahl erleuchteter unabhängiger Männer sitze, welche die gesammte Gesetzgebung zu vertreten haben. In Preußen existirten eine Menge Gesetze, welche das Gepräge der einheitlichen Ressortpolitik an der Stirn tragen. (Zustimmung.) Er hoffe daher die besten Folgen für das Land von diesem Organe. Es dränge sich nun noch die Frage auf, ob es möglich sein werde, auf die Länge der Zeit die jetzige Eintheilung des Landes beizubehalten; Eines sei allerdings klar: in Metz werde ein höherer Verwaltungsbeamter dauernd nicht entbehrt werden können. Die Hauptsache aber bleibe die Personenfrage, die richtige Wahl des Mannes, dem das Amt des Statthalters übertragen werden solle. Die Nation erwarte von ihm, daß er stets das deutsche Banner hoch halte und daß, wenn innere Stürme an diesem Banner rütteln, er einstehe für Kaiser und Reich, denn nur in dieser Devise beruhe das Wohl Elsaß-Lothringens. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst (Meppen) weist zunächst darauf hin, daß er und seine Freunde bereits vor langer Zeit die Forderung gestellt hätten, den Reichslanden eine konstitutionelle Verfassung zu geben. Die Stellung des Statthalters sei ihm um deshalb nicht sympathisch, weil er die Vormischung von Handlungen, wofür derselbe nicht verantwortlich ist und von Handlungen, wofür er verantwortlich ist, für im höchsten Grade bedenklich halte und er müsse sagen, daß er für eine solche Art von Stellung vergeblich nach einer Analogie gesucht habe. Er wünsche Aufklärung darüber, welche Stellung der neue Reichskanzler (Statthalter) dem Landesausschusse gegenüber einnehmen werde und wer die Vermittelung derjenigen Angelegenheiten zu führen habe, in welchen Sr. Majestät dem Kaiser die Entscheidung vorbehalten bleibt. Hiervon stehe nichts in der Vorlage, ebensowenig davon, wer dem Kaiser die Maßregeln vorzulegen habe, welche man in Elsaß-Lothringen zu treffen gedenke, wer dafür zu sorgen habe, daß der Kaiser dauernd in Kenntniß über die elsaß-lothringischen Angelegenheiten gehalten werde. Werde der Reichskanzler hier diejenige Persönlichkeit sein, oder werde man dazu andere Persönlichkeiten, und event. welche ernennen? Ueber diese Fragen müsse das Haus näheren Aufschluß haben, denn sie berühren ganz entschieden die Verantwortlichkeitsfrage der Regierung gegenüber dem Reichstage und gegenüber Elsaß-Lothringen. Auf die Organisation des Ministeriums eingehend, hätte Redner gewünscht, daß ein kollegialisches Ministerium mit einem Präsidenten an der Spitze eingerichtet würde, wie er auch der Ansicht ist, daß eine genügende Zahl Eingeborner in die Verwaltung berufen werden müßte. Man würde in Elsaß-Lothringen auch ein größeres Vertrauen zum Landesausschuß haben, wenn er aus direkten Wahlen hervorginge. Auch in diesem Lande werde man es schmerzlich empfinden, daß die Zustände der Presse nicht gerade tolerant sind. Der Gedanke, welcher in den Motiven ausgedrückt sei, daß die geistlichen Angelegenheiten einer anderen Behörde unterstellt werden sollen, als die weltlichen, würde nur in einem Staate berechtigt sein, in welchen die Kirche von dem Staate getrennt sei, für ein solches Land könne er aber Elsaß-Lothringen nicht halten. Er mißbillige den Schritt vieler Elsaß-Lothringer, die deshalb ihre Heimath verlassen hätten, weil sie dieselbe im Unglück gesehen hätten und er fordere dieselben auf, wieder zu derselben zurückzukehren. Gerade der jetzige sei ein Zeitpunkt, den diejenigen, welche sich bis jetzt von den öffentlichen Angelegenheiten fern gehalten hätten, ergreifen müßten, um im Interesse ihres Vaterlandes zu wirken. (Beifall.) Wenn man im Winkel schmolle, könne man niemals seinem Vaterlande nützlich sein. (Beifall.)

Abg. v. Puttkamer (Fraustadt): Die der Zahl nach nur wenigen Ausstellungen des Abg. Guerber gegen das Gesetz geben ihm die Gewißheit, daß auch diese Herren mit dem Gesetze zufrieden sein werden, wie es aus den Berathungen dieses Hauses hervorgehen werde. Redner wendete sich alsdann gegen die Ausstellungen dieses Redners, um dieselben zu widerlegen. Was die vom Abg. Windthorst angeregte Frage wegen der Neuwahl des Landesausschusses durch direkte Wahlen anlange, so glaubt Redner, daß es unverantwortlich sein würde, wenn man der nothwendigen ruhigen Entwickelung entgegentreten würde durch ein Wahlsystem, welches die feindlichen Elemente von Neuem wach rufen müsse. Der jetzige Landesausschuß habe sich als wahrer Repräsentant des Landes trefflich bewährt und habe auch ein solches Maß von Entschiedenheit der Regierung gegenüber bewiesen, daß es nicht gerechtfertigt sein würde, eine Körperschaft, die in so hohem Maße das Vertrauen des Landes sich erworben habe, aufzulösen. Man könne dem Gesetzentwurfe gegenüber das Vertrauen haben, daß er in gewissem Umfange das Verhältniß zwischen der Verwaltung und dem Lande ändere und daß damit der Anfang einer Organisation gemacht sei, welche von segensreichsten Folgen begleitet sein werde. Er bittet, das Gesetz zu votiren als einen weiteren Schritt auf dem ganzen Gange, den bisher die Verwaltung des Landes genommen habe.

Nach einer kurzen Erwiderung des Staatssekretärs Herzog wird die Diskussion geschlossen.

Abg. Windthorst (Meppen) beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14. Mitgliedern.

Dieser Antrag wird abgelehnt, die zweite Berathung findet somit im Plenum statt.

Es folgt die erste Berathung des Gesetz-Entwurfes betreffend die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets.

Abg. Dr. Klügmann: Die Bemühungen, für die statistische Ermittelung des Waarenverkehrs mit dem Auslande sichere Grundlagen zu gewinnen, begegnen vor Allem der Schwierigkeit, daß die Abgrenzung der wirthschaftlichen Gebiete nicht mit den Landesgrenzen zusammenfällt. Ein solches Verhältniß kann immer nur künstlich hergestellt werden. Die statistische Ermittelung des Verkehrs an einer gewissen Linie kann aber nicht ohne Störung und Belästigung natürlicher Verkehrsbeziehungen stattfinden. Eine gerechte und verständige Abwägung der hiernach einander entgegenstehenden Interessen wird aber immer dahin führen müssen, das Interesse der Ermittelung dem des zu ermittelnden Interesses nachzustellen. Einer erreichbaren Verbesserung der statistischen Ermittelung des Waarenverkehrs im Auslande zu widerstreben, liegt mir fern. Der Zweck der Vorlage kann nur erreicht werden, wenn man den guten Willen der Handeltreibenden für die Sache gewinnt. Ferner richten sich meine Bedenken vornehmlich gegen die statistische Gebühr. Dieselbe trägt einen ganz supplementären Charakter, indem dieselbe dadurch gerechtfertigt sein soll, daß durch die Einführung der Bestimmung ein großer Kostenaufwand erfordert wäre für den Umfang und die Mehrbelastung des Budgets. Der Ertrag der statistischen Gebühr würde sich aber nach ungefähren Berechnungen immerhin noch auf das Doppelte der entstehenden Mehrkosten belaufen. Ich beantrage die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern zur Vorberathung.

Abg. v. Minnigerode legt großen Werth darauf, daß der Entwurf noch in dieser Session Gesetz werde; er fülle eine Lücke aus, die gerade im gegenwärtigen Augenblicke, wo man den neuen Zolltarif berathe, doppelt empfindlich sei. Redner empfiehlt die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission zur schleunigen Vorberathung.

Ab. Stumm: Alle Bedenken gegen die Vorlage richten sich vornehmlich gegen die Höhe der Sätze; die statistische Gebühr darf unter keinen Umständen als Einnahmequelle gelten, sondern der Ertrag derselben darf nur die Mehrkosten decken. Durch den neuen Zolltarif wird der Export in gewissem Maße geschädigt, wenn auch nicht so sehr, wie von den Gegnern behauptet wird; deshalb darf man keine Mehrbelastung für den Export einführen, die nicht absolut nothwendig ist. Hoffentlich wird die Kommission das nützliche Gesetz bald durchberathen und der Reichstag es genehmigen.

Reichskanzleramtspräsident Hofmann: Die verbündeten Regierungen sind von der Ueberzeugung ausgegangen, daß ohne Einführung einer Anmeldepflicht eine für die Zwecke der Handelspolitik brauchbare Statistik nicht geschaffen werden kann. Die Kommission wird an dem Prinzip der Anmeldepflicht in dem Umfange, wie der Entwurf sie vorsieht, festhalten müssen. Die statistische Gebühr soll keine Finanzquelle sein, sondern nur die Kosten decken; sie soll die Statistik sicherer und brauchbarer machen und besonders die Durchfuhr, die von derselben fortbleibt, aus dem allgemeinen Verkehr ausscheiden.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Ich bin der Ansicht der Vorredner, daß die Gebühren so niedrig bemessen werden müssen, daß eine Einnahme für das Reich daraus nicht resultirt. Ich würde lieber einen Zuschuß von Seiten des Reichs als eine Mehreinnahme sehen. Die geforderten Werthdeklarationen müssen wegfallen. Auch die Abmessung der Gebührensätze, welche die Vorlage für Groß- und Kleinvieh hat, entspricht nicht den Interessen der Landwirthschaft. Nach der Wortfassung der Vorlage würde ein Löwe im Käfig gebührenfrei, dagegen ein Bär oder Affe ohne Käfig gebührenpflichtig sein. Schon diese Kleinigkeit zeigt, daß die Vorlage nicht mit der nöthigen Vor- und Umsicht gearbeitet ist, und ich beantrage deshalb die Verweisung an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Karsten: Mit dem letzten Antrage bin ich einverstanden. Eine Reihe von Paragraphen sind so unklar gefaßt, daß sie Widersprüche zeigen. Die Tarifirung des § 4 halte auch ich für zu hoch. Erforderlich werdende Zuschüsse zu den Erhebungskosten werden am Zweckmäßigsten aus den Mehreinnahmen der neuen Zölle gedeckt.

Abg. Bamberger: Wenn ich mich auch im Ganzen zu den Vorschlägen bejahend verhalte, so möchte ich doch gegenüber der großen Harmonie, die auf allen Seiten herrscht, davor warnen, daß man sich nicht zu vielen Erwartungen hingiebt. Man wird an der Statistik nicht nur mäkeln, wenn ihre Resultate mit gewissen Desiderien in Widerspruch stehen, sondern sie wird auch objektiv immer höchst ungenügend ausfallen müssen. Wir haben hervorragende Statistiker seit 1809 gehabt in Krug, Hoffmann, Dieterici, an die sich Engel anschließt. Man hat den letzteren in neuester Zeit angegriffen, indem man ihm vorgeworfen hat, er verfahre tendenziös. In gewissem Sinne kann man das von jedem Menschen sagen, der bei einer wissenschaftlichen Arbeit sich von gewissen persönlichen Ueberzeugungen nicht loslösen kann; daß aber eine absichtliche Tendenz vorhanden sei, muß ich auf das Entschiedenste bei diesem hochberühmten und in ganz Europa anerkannten Mann in Abrede stellen. Aber aus einem Grunde fürchte ich, daß die Resultate der Statistik, die für die Zukunft geschaffen werden soll, den Erwartungen nicht entsprechen. Wir beginnen eben eine neue Aera für die Statistik und für die Zollabfertigung, und deshalb wird jede Vergleichung, die wir zwischen der Vergangenheit und Zukunft anstellen wollen, zu unzuverlässigen Resultaten führen. Was soll die Statistik zur Beleuchtung unserer Zollgesetzgebung helfen? Gegenüber den schwachen Resultaten, welche die Statistik haben wird, darf der Handel, der offenbar durch die neue Zollgesetzgebung schon stärker belastet wird, als früher, nicht noch einer besonderen Belästigung unterworfen werden. Die statistische Gebühr ist schon so ziemlich verurtheilt worden, der Handelsstand hat keine Vortheile, sondern nur die Quälerei und Kosten davon. Die Kommission wird also die statistische Gebühr ablehnen und nur deutlich die Anmeldevorschriften für den Kaufmann formuliren müssen.

Abg. Mosle: Ich begrüße den Gesetzentwurf insofern mit Freuden, als er das Bestreben der Reichsregierung konstatirt, die großen Mängel der jetzigen Waarenstatistik abzustellen. Das vorliegende Gesetz hat jedoch große prinzipielle Mängel, die mich nur deshalb nicht bewegen, gegen dasselbe zu stimmen, weil ich ihre Abstellung augenblicklich für unmöglich halte. Das Gesetz bezweckt nicht, wie es wünschenswerth wäre, eine Statistik des deutschen Waarenverkehrs, bei welchem auch die größeren Städte in Betracht gezogen werden müßten, sondern nur eine Statistik über den Waarenverkehr zwischen dem deutschen Zollgebiet und dem Auslande. Die Anmeldefrist sollte von 8 Tagen auf 14 Tage erhöht werden, da die sofortige Anmeldung dem Absender oft unmöglich, für den statistischen Zweck aber nicht von Interesse ist. Die unentbehrliche Deklarationspflicht sollte dem Empfänger und nicht dem Absender der Waaren auferlegt werden; auch das wird bei der zolltechnischen Behandlung der Sache schwierig sein, es ist aber für eine gerechte Statistik nothwendig. Ich wünschte, der Kommission für dieses Gesetz anzugehören, mache mir aber bei meinem jetzigen freiherrlichen Zustand außerhalb jeder Fraktion wenig Hoffnung darauf. (Heiterkeit.)

Die Vorlage wird hierauf einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 4 Uhr.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.

Tagesordnung: Vertrag mit Samoa und Zolltarif.

Deutschland.

Berlin, 14. Juni. Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht nachstehenden Allerhöchsten Erlaß:

„Dank dem Walten der göttlichen Vorsehung ist es Uns vergönnt gewesen, am 11. Juni das 50jährige Jubiläum Unserer Vermählung zu begehen und dabei zu beobachten, wie dieser Tag unserer persönlichen Erinnerungen sich im ganzen deutschen Vaterlande und weit hinaus über dessen Grenzen, wo Deutsche beisammen weilen, zu einem Festtage von allgemeiner Bedeutung gestaltet hat. Mehr als je ist Uns kund geworden, von welcher Liebe und Anhänglichkeit das deutsche Volk für seinen Kaiser und dessen Haus erfüllt ist. Die beglückwünschenden Huldigungen in der Form von inhaltsreichen Inschriften, telegraphischen Grüßen, freudigen Festspielen, poetischen und künstlerischen Widmungen, duftigen Blumenspenden 2c. wuchsen zu einer volksthümlichen Bewegung an, welche nicht ohne tiefen Eindruck auf Uns geblieben ist. Indeß nicht hierauf allein hat sich die Befriedigung Unseres Gemüths beschränken dürfen; es ist vielmehr auch in andern höchst würdigen Erscheinungen ein erfreuliches Verständniß für unser innerstes Empfinden zu Tage getreten. Eingedenk des in bedrängten Zeiten mehr und mehr steigenden Bedürfnisses nach energischem hülfereichenden Wirken hat man dem Gedanken Raum gegeben, Unser Jubiläum zum Anlaß zu nehmen, um ein über das gesammte Reich sich erstreckendes Netz von Stiftungen zu mannigfaltigen dauernden Zwecken der Humanität zu begründen. Wir fühlen Uns gedrungen, auch an dieser Stelle zu versichern, daß hierdurch mit besonderer Wärme von Uns gehegte Wünsche ihre Erfüllung erhalten haben. In welchem Maße und in welcher Weise sich aber auch die Theilnahme an Unserm Jubel-

tage geltend gemacht hat — Wir wollen Allen, den Nahen wie den Fernen, für ihre Aufmerksamkeiten danken, und beauftragen Sie daher, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntniß zu bringen."

Berlin, den 13. Juni 1879.

W i l h e l m. A u g u s t a.

An den Reichskanzler.

— Der in den letzten Tagen erfolgte Tod des Prinzen von Oranien legt die Frage wiederum näher nach der Nachfolge in dem Königreich der Niederlande und dem Großherzogthum Luxemburg. Der regierende König Wilhelm III. hat jetzt nur noch einen Nachkommen, den Prinz Alexander, der zweifellos regierungsunfähig ist. Der König ist bekanntlich seit dem 7. Januar 1879 mit der Prinzessin Emma von Waldeck verheirathet; wird beim Ableben des jetzigen Königs derselbe keinen männlichen Erben hinterlassen, aber eine Tochter, so würde die Erbfolge in den Niederlanden sich anders gestalten, als in Luxemburg. Denn für die Erbfolge in Luxemburg gilt das salische Gesetz, welches den männlichen Erbberechtigten den unbedingten Vorzug giebt, während in den Niederlanden die weibliche Succession zugelassen ist. Wenn König Wilhelm III. an dem heutigen Tage stürbe, so würde ihm in den Niederlanden und in Luxemburg der Bruder seines Vaters, der Prinz Friedrich der Niederlande, der Schwager unseres Kaisers, succediren. Nach dessen Tode würde diesem in den Niederlanden seine Tochter Marie, Gemahlin des regierenden Fürsten zu Wied, nachfolgen; in Luxemburg dagegen wäre nach dem dortigen Verfassungsgesetz in Folge des darin bestätigten Erbvereins des fürstlichen Gesammthauses Nassau von 1783 der Herzog von Nassau nachfolgeberechtigt. Für den Fall, daß Prinz Friedrich vor König Wilhelm III. stürbe und dieser keine Nachkommenschaft, weder männliche noch weibliche, hinterließe, käme die Nachfolgeberechtigung der Großherzogin von Weimar, Schwester des Königs Wilhelm III., welche außer dem Erbgroßherzog keinen Sohn hat, und der Fürstin von Wied, Vatergeschwisterkind Wilhelms III., in Frage. Die Bestimmungen der niederländischen Verfassung vom Jahre 1848, welche in Artikel 18 diesen Nachfolgefall regelt, könnten möglicherweise zu Zweifeln Anlaß geben. Die niederländische Verfassung trägt jedoch in Art. 23 Sorge dafür, wie Aenderungen in der Nachfolgeordnung getroffen werden können. Es heißt in diesem Artikel:

Wenn besondere Umstände Veränderungen in der Thronfolgeordnung nothwendig machen sollten, so ist der König berechtigt, darüber einen Gesetzesvorschlag zu machen, welcher auf dieselbe Weise zu behandeln ist, wie in Ansehung von Veränderungen des Grundgesetzes vorgeschrieben ist.

Es kann hiernach durch Verfassungsgesetz die bestehende Successionsordnung in den Niederlanden verändert werden, ohne daß ein erworbenes Recht der nach der bestehenden Nachfolgeordnung Berufenen anerkannt wird. Ob König Wilhelm III. von diesem Initiativrecht Gebrauch zu machen gedenkt, darüber hat nichts Zuverlässiges bis jetzt verlautet. Ganz haltlos sind vor Allem die Gerüchte, welche von einer bevorstehenden „Adoption" dieses oder jenes Fürsten sprechen. Unter Denen, auf welche sich der Gesetzesvorschlag König Wilhelm III. eventuell richten würde, sind namentlich der Fürst von Wied und der Erbprinz von Nassau genannt worden; auch hier ist aber etwas Zuverlässiges nicht bekannt, wahrscheinlich sind auch diese Meldungen noch ganz verfrüht. Die Berufung des Prinzen von Nassau würde die Personalunion zwischen den Niederlanden und Luxemburg aufrecht erhalten, während die Berufung des Fürsten von Wied, der bereits drei Söhne hat, die Forterhaltung der organischen Linie auf dem niederländischen Throne sichern würde.

— Am Sonntag Mittag gegen $12^1/_2$ Uhr hatte sich eine beträchtliche Menschenmenge vor dem Palais des Kaisers angesammelt, um der Abfahrt der Kaiserfamilie zur Taufe nach Potsdam beizuwohnen. Der Kaiser fuhr mit dem Kronprinzen in einem leichten Jagdwagen und Beide wurden von allen Seiten mit lautem Zuruf begrüßt; sichtlich erfreut über diese Ovation, dankten die Gefeierten lächelnd. Die Kaiserin saß mit der Kronprinzessin in einer zweispännigen Hofkarosse, welcher ein Vorreiter beigegeben war.

— Wie uns ferner aus Potsdam gemeldet wird, wurde Nachmittags $1^1/_2$ Uhr in dem „Neuen Palais" die kirchliche Taufe der erstgeborenen Tochter des Erbprinzen und der Erbprinzessin von Meiningen durch den Ober-Hofprediger Dr. Persius vollzogen. Der Prinzessin wurden die Namen „Augusta", „Viktoria" und „Elisabeth" beigelegt. Sie soll bei dem Namen „Augusta" genannt werden. Bei der Taufhandluug waren zugegen der Kaiser, die Kaiserin, der Großherzog und die Großherzogin von Baden, der Herzog von Edinburg in der rothen Uniform der englischen Armee, die Prinzen August von Würtemberg und Friedrich von Hohenzollern, der Erbprinz von Anhalt, der englische Botschafter Lord Odo Russell mit Gemahlin, der Oberkämmerer Graf von Redern, die Oberhofmeisterin Gräfin von Perponcher und noch Andere mehr. Den standesamtlichen Akt hatte den gesetzlichen Bestimmungen gemäß der Standesbeamte Hausminister Freiherr von Schleinitz vollzogen.

— Das Verfassungsgesetz für Elsaß-Lothringen soll nach der Absicht der Reichsregierung am 1. August in Kraft treten. In Straßburg werden die nöthigen Vorbereitungen zum Empfang der neuen Behörden getroffen. Der Statthalter Feldmarschall von Manteuffel wird in der Präfektur Wohnung nehmen, in welcher der Kaiser zuletzt in Straßburg logirt hat und auch in diesem Herbste wieder zu wohnen gedenkt. Für die Sitzungen des erweiterten Landesausschusses wird die Mairie in Straßburg hergestellt. Als sicher gilt, daß der Unterstaatssekretär Herzog als Staatssekretär, der Reichstags-Abgeordnete General-Advokat von Puttkamer als Unterstaatssekretär der Justiz nach Straßburg geht; zum Unterstaatssekretär für das Innere soll, wie verlautet, der im Reichskanzleramt für Elsaß-Lothringen beschäftigte Geheime Ober-Regierungsrath von Pommer-Esche, der Schwager des Staatsministers Delbrück, ernannt werden. Der Reichskanzler wünscht, als weiteres Mitglied der in Straßburg zu etablirenden Regierung einen eingebornen Elsässer zu gewinnen. Wegen eines solchen Eintritts in die Regierung haben mit dem bekannten Apotheker Klein in Straßburg, dem Vorsitzenden des unterelsässischen Bezirkstages, Verhandlungen stattgefunden, die sich jedoch zerschlagen haben.

Ausland.

Wien, 14. Juni. Das Befinden des Grafen Andrassy war heute Vormittag ein besseres als gestern, gleichwohl sollen seine Aerzte entschieden dabei beharren, daß er eine sehr baldige Erholung unumgänglich nöthig habe. Man glaubt denn auch ziemlich allgemein, daß Graf Andrassy binnen Kurzem den längst geplanten Urlaub antreten werde. Der genaue Zeitpunkt hierfür dürfte indeß noch nicht festgestellt sein, wenigstens weiß gar Niemand darüber bestimmte Auskunft zu geben. Die Frage, wer während des Urlaubs des Grafen die Geschäfte leiten soll, scheint prinzipiell bereits gelöst zu sein, denn man bestätigt heute die schon früher gemachte Mittheilung, daß Baron Haymerle zum provisorischen Leiter des auswärtigen Amtes ausersehen sei. Dabei wäre jedoch der Accent auf das Wort „provisorisch" zu legen, und diejenigen Organe, die in dem bisherigen Botschafter in Rom schon den definitiven Nachfolger des Grafen Andrassy sehen zu dürfen glauben, scheinen denn doch den Thatsachen mit Siebenmeilenstiefeln vorauszueilen. Ein hiesiges Blatt will auch wissen, Fürst Wrede werde für die Dauer des Wiener Aufenthalts des Baron Haymerle die Geschäfte der österreichischen Botschaft in Rom führen.

Provinzielles.

Stettin, 16. Juni. Unsere Stadt war Sonntag früh der Schauplatz einer wahrhaft erschütternden Katastrophe. Der Schraubendampfer „Orpheus", der Neuen Dampfer-Kompagnie gehörig, war Sonntag früh zur Abreise nach Königsberg fertig und unter vollem Dampf. Das Schiff lag am Bollwerk längs der Wasserstraße (Silberwiese) zwischen den Waagen 33 und 34. Gegen $3^1/_2$ Uhr Morgens explodirte der Dampfkessel unter furchtbarer Detonation. Die Schiffsmannschaft lag zum Theil noch in tiefem Schlummer. Leider befanden sich auch schon Passagiere an Bord. Im Ganzen sind 10 Personen getödtet, einer ist schwer verwundet und einer, angeblich ein Handlungsreisender, wird noch vermißt. Das Schiff selbst blieb wunderbarer Weise flott, ist aber arg demolirt. Der Schornstein flog über Steuerbord etwa 20 Schritte weit ins Wasser. Ein Theil des Decks und eine große Menge Trümmer Eisentheile 2c. wurde über Backbord nach der Landseite zu geschleudert. Die ungeheure Gewalt des entfesselten Dampfes und die vernichtende Kraft desselben trat überall in grauenerregender Weise zu Tage. Von den 4—5 Centner schweren Boots-Davits fiel einer auf das Straßenpflaster, ein anderer auf das Dach des nahe gelegenen Lagerschuppens, dasselbe zum Theil zertrümmernd. Unter den durch die Explosion Getödteten befindet sich der Heizer und der zweite Maschinist. Ein besonders schreckliches Loos ereilte die zu den Passagieren gehörige Wittwe D u n z aus Pölitz und ihre 6 Kinder im Alter von 2—16 Jahren, welche sämmtlich bei der Katastrophe ihren Tod fanden. Ein 14 Jahre alter Sohn fiel etwa 90 Schritte weit auf das Dach des Fabrik-Gebäudes der neuen Wichsfabrik in der Siedereistraße, durchbrach dasselbe und wurde 2 Stunden später schrecklich verstümmelt aufgefunden. Ein vierjähriger Knabe lag auf dem Waldow'schen Grundstück, etwa 100 Schritte von der Unglücksstätte entfernt. Gleichfalls schrecklich zugerichtet wurden die übrigen Familienglieder in der Nähe aufgefunden. Eine männliche Leiche ohne Kopf lag in der Siedereistraße, 80 Schritte vom Bollwerk entfernt. Der Kopf lag etwa 10 Schritte weiter. Der Kapitän, der im Momente der Explosion eben aus der Kajüte trat, ist unversehrt geblieben. Der Steuermann W o l l e ist wie durch ein Wunder gerettet. Derselbe wurde im Schlafe auf das Vordertheil des Schiffes geschleudert, wo er ohne jede Erinnerung zum Bewußtsein gelangte. Verletzt ist derselbe nur ganz leicht. Der Heizer Joh. Friedr. S t ü w e ist schwer verwundet nach dem städtischen Krankenhause gebracht. Der erste Maschinist, S c h u l d, wurde von Trümmern verschüttet, ist jedoch ebenfalls mit einer leichten Verletzung davon gekommen. Der Koch Karl K a l a k o w s k i aus Stepenitz wurde sammt seinem Bette emporgeschleudert und ebenfalls getödtet. Die durch Depesche sofort benachrichtigte Ehefrau desselben wurde auf der zu Boot unternommenen Fahrt nach hier von dem auf einer Extrafahrt begriffenen Dampfer „Neptun" hierher befördert, um das traurige Loos ihres Gatten bestätigt zu finden. Der Schmerz der armen Frau war grenzenlos und erregte die Theilnahme zahlreicher Anwesenden. Der zweite Maschinist, Hermann T h o m a s, lag todt auf Waldow's Hof zwischen Theertonnen. Vermißt wird noch der Kaufmann Franz Friedrich Gustav H o w i t z von hier, welcher gleichfalls an Bord war, aber weder lebend, noch als Leiche gefunden ist. Der „Orpheus" hatte Stückgut nach Königsberg verladen. Die Fracht, soweit sie unbeschädigt geblieben war, wurde auf die „Vineta" umgeladen. Ueber die Ursache der Katastrophe sind verschiedene Ansichten in Umlauf und wird möglicher Weise die Untersuchung darüber das Weitere ergeben. Selbstverständlich muß jede Nachricht darüber mit Vorsicht aufgenommen werden.

— Der „R. Kr.-Anz." berichtet aus Putbus: Wir sind in der Lage, unseren Lesern aus zuverlässiger Quelle mittheilen zu können, daß dem Publikum nach wie vor der Besuch des hiesigen Parkes und der Granitz, sowie die Besteigung des Jagdschloßthurmes gestattet ist; nur die inneren Räume der Schlösser werden nicht gezeigt, da dieselben wegen baulicher und sonstiger Veränderungen dies Jahr nur theilweise eingerichtet sind.

— Der Ober-Präsident unserer Provinz, Herr Frhr. v. M ü n c h h a u s e n, hat sich nach Carlsbad zum Kurgebrauch begeben.

— Gestern Morgen gegen 3 Uhr brach in einem Seitenflügel des Hauses Breitestraße 5 Feuer aus, wodurch der Dachstuhl zerstört wurde.

— Die vereinigten Ruder- und Segel-Klubs hatten sich Sonntag zu einem Extra-Korso vereinigt. Den Schluß der Festlichkeit bildete ein Kränzchen in dem Gumtow'schen Lokale in Gotzlow. Die Fahrt selbst erregte selbstverständlich großes Interesse des Publikums. Insbesondere fanden die mit Kränzen und Flaggen reichlich geschmückten Böte den möglichsten Anklang unter den Zuschauern. Weniger beifällig wurden die Leistungen der von den Extrafahrern engagirten D a m m'schen Kapelle aufgenommen, welche mit einer nicht zu unterschätzenden Dreistigkeit auf dem Gumtow'schen Grundstück der Kapelle des Herrn Jankovius Konkurrenz anzubieten wagte. Die Ruderer begehen übrigens durch die auffällige Tracht, in der sie sich theilweise unter dem Publikum bewegen, einen Vorstoß gegen den guten Geschmack. Erlaubt ist wohl ein weißes Hemde mit deutschem Matrosenblau garnirt. Die rothen Hemden erinnern zu stark an frisch gesottene Oderkrebse. Zu großem Befremden gereichte sogar ein Fahrzeug, dessen Insassen sich durch ein buntfarbiges Kostüm, welches mehr an Circus-Clowns oder Jockeys erinnert, nichts weniger als vortheilhaft hervorthaten. Die Sache selbst ist ja sehr gut, doch möge man bedenken, daß vom Erhabenen zum Lächerlichen nur ein Schritt ist.

* **Vierraden**, 11. Juni. Das Jubelfest der goldenen Hochzeit unsers erlauchten Kaiserpaares wurde auch hier in einer dem Tage angemessenen Feier begangen. Durch Zapfenstreich am Vorabend und Reveille am Festmorgen wurde das Fest eingeleitet. Nachmittags $3^1/_2$ Uhr versammelten sich die städtischen Behörden, das Lehrer-Kollegium und diejenigen Bürger, welche bei den Vereinen und Korporationen nicht betheiligt waren im Rathhause. Um dieselbe Zeit trafen der Krieger-Verein, die Schützen-, Turner- und Handwerker-Vereine geschlossen mit ihren Fahnen daselbst ein. Nachdem der Zug geordnet, erfolgte unter Vorantritt eines Musikkorps der Abmarsch nach dem Marktplatz. Hier wurde von sämmtlichen Festtheilnehmern im Viereck Aufstellung genommen, vom alten Männergesang-Verein der Choral: „Lobe den Herrn, den mächtigen König 2c." vierstimmig vorgetragen, worauf der Bürgermeister Müller die Festrede hielt, in welcher er mit Kraft und Eindringlichkeit die Bedeutung des Tages für unser ganzes Volk schilderte und mit Begeisterung mit dem Gelübde der Treue und Liebe für unser Kaiserhaus und einem dreimaligen Hoch auf unser allgeliebtes Kaiserpaar schloß. Mit Absingung der National-Hymne endete die offizielle Feier. Der Zug begab sich nun nach dem festlich dekorirten Schützenhausgarten. Dort fand ein mit Konzertmusik der t r e f f l i c h e n G a r z e r S t a d t k a p e l l e, Feuerwerk und Illumination verbundenes Volksgartenfest statt. Mit Absingung des Chorals: „Nun danket alle Gott" endete diese durch eine allgemeine Betheiligung ausgezeichnete Feier, deren harmonischer Verlauf auch zum großen Theile den Bemühungen des Fest-Komitees zu danken sein dürfte.

Literarisches.

J. ten Doornkaat-Koolman, Wörterbuch der ostfriesischen Sprache. Erster Band. A bis Gütjen. Norden bei Braams. Wiederholt haben wir bereits auf dies treffliche Werk aufmerksam gemacht. Wie das Grimm'sche Wörterbuch die neuhochdeutsche Sprache, so bearbeitet dies Werk die niederdeutsche Sprache in der ostfriesischen Mundart sowohl etymologisch, als auch in Erforschung der verschiedenen Gebrauchsweisen der Worte mit einer Gründlichkeit und Sachkenntniß, wie wir kein zweites Buch über diesen Gegenstand besitzen. Das Buch ist von großer Wichtigkeit für das ganze Norddeutschland und sollte in keiner Schulbibliothek fehlen. Eine große Zahl von sonst unverständlichen Redensarten findet hier ihre Erklärung. Zahlreiche Worte, welche man im Niederdeutschen oft hört, ohne sie ableiten zu können, finden hier ihre Ableitung. [89]

Postplan von Berlin von Straube 1878. Was die Ausführung dieses Planes betrifft, so ist derselbe im Maßstabe von 1 : 14,500 mit der größten Sorgfalt bearbeitet und chromolithographisch hergestellt worden. Die 9 Postbezirke sind durch verschiedene Farbentöne in Flächendruck dargestellt und dadurch die Himmelsrichtungen auf den ersten Blick ersichtlich gemacht worden. Die Bestellbezirkgrenzen, die Post-, Telegraphen-, Rohrpost- und Fernsprechämter, die Postbriefkasten und die Revier-Polizei-Büreaux sind auf dem Plane markirt.

Dem Postplan ist Ein Bogen Text beigegeben.

Der Preis des Postplanes beträgt M. 1,00 und kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden. [90]

Vermischtes.

— B e r l i n. In großer Gefahr schwebte am Donnerstag eine Gesellschaft von Damen und Herren, welche kurz vor Ausbruch des Unwetters die Siegessäule bestiegen hatten. Unbekümmert um die heraufziehenden drohenden Gewitterwolken genoß die Gesellschaft die herrliche Aussicht, als plötzlich ein durch die große Metallstatue der Victoria geleiteter heftiger Blitzstrahl in der Nähe der Säule niederging und eine der Damen derartig betäubte, daß sie erst nach langen Anstrengungen seitens der Angehörigen wieder in's Leben zurückgerufen werden konnte. Spuren äußerer Verletzungen waren an der einem jähen Schicksal glücklich Entronnenen nicht bemerkbar und konnte dieselbe nach einiger Zeit der Erholung den Weg zu ihrer Wohnung mittelst Droschke zurücklegen.

Wollberichte.

Stettin, 16. Juni. Die Zufuhr betrug im Ganzen 12568,50 Ctr., davon lagerten in den Rosenstein'schen Zelten 2915 Ctr., im Exerzierschuppen 2700 Ctr. und im Freien 6953,50 Ctr. Die Preise stellten sich am Morgen auf 165—186 M., also 10—15 M. höher als im Vorjahr; da jedoch nur wenig Käufer am Platze waren, wurden nach 10 Uhr die Preise bis zu den im Vorjahre gezahlten Preisen gedrückt.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 15. Juni. Aus Konstantinopel wird dem Lloyd gemeldet:

Der Botschafter Zichy wurde bei seiner Rückkehr von Seiten des Sultans kühl, beinahe unfreundlich aufgenommen. Der Wunsch nach Verleihung höherer türkischer Auszeichnungen für österreichische Beamte, welche an dem Zustandekommen der Konvention mitgewirkt, blieb vom Sultan unbeantwortet. Demzufolge wurden die an Theireddin, Karatheodory, Munif verliehenen österreichischen Orden noch nicht ausgetheilt. Anderweitig verlautet, daß die Pforte Kommissäre ernannte, welche mit den österreichischen Kommissaren die Oertlichkeiten an der Nordgrenze Novibazars behufs der Besetzung untersuchen sollen.

Der „Presse" wird aus Alexandrien gemeldet: Der Khedive ist an einem Brustleiden erkrankt.

Der Sultan hat entschieden abgelehnt, zwischen Deutschland und dem Khedive zu vermitteln.

Wien, 15. Juni. Die „Montags-Revue" meldet, daß, falls die erweiterte Okkupation größere Kosten beansprucht, als durch die politischen und materiellen Vortheile derselben und die Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage der Monarchie gerechtfertigt scheinen, die Eventualität eines Verzichtes auf dieselbe in dem gegenwärtigen Zeitpunkt keineswegs ausgeschlossen sei.

Paris, 14. Juni. Die radikale „Revolution Francaise" wurde heute wegen einer nicht rechtzeitig erfolgten Zahlung einer rechtskräftig gewordenen hohen Geldstrafe mit Beschlag belegt. In radikalen Deputirtenkreisen ist man über das Vorgehen der Regierung sehr erbittert und kündigt eine Interpellation an.

Die Aeußerung des Ministers Depretis in der italienischen Kammer, in der Nizza als eine italienische Stadt bezeichnet wird, erregt hier lebhaftes Aufsehen.

Paris, 15. Juni. Das „Journal offiziel" veröffentlicht die Ernennung des ersten Sekretärs der französischen Botschaft beim päpstlichen Stuhle, Vicomte de Croy-Chanel, zum Gesandten in Kopenhagen.

Madrid, 14. Juni. In der heutigen Sitzung des Senats theilte der Ministerpräsident, Martinez Campos, mit, daß der Hauptführer der Insurgenten von Karthagena begnadigt worden sei, weil er den Eid geleistet habe, während Ruiz Zorilla noch immer gegen die staatlichen Einrichtungen Spaniens konspirire. Der Minister fügte hinzu, daß die Regierung eine Politik der Versöhnung verfolge und daß man das Geschehene vergessen müsse.

Petersburg, 15. Juli. Der „Regierungsbote" meldet: Die Untersuchung gegen den Staatsverbrecher Solowjeff hat ergeben, daß derselbe im Verkehr mit einem Friedensrichter des Samaraschen Gerichtskreises gestanden hat; dies ist auch durch eine bei dem Friedensrichter vorgenommene Haussuchung bestätigt worden, bei welcher im Besitze desselben verbotene Bücher und kompromittirende Korrespondenzen vorgefunden wurden.

Bukarest, 15. Juni. Das Organ der Regierung, der „Romanul", fordert die Kammern auf, die Frage der Juden-Emanzipation nunmehr möglichst schnell zu erledigen, um die politische Situation des Landes zu konsolidiren, und weist darauf hin, daß jede Verzögerung dieser Angelegenheit die bestehenden Schwierigkeiten vergrößern würde.

Statt jeder besonderen Meldung.

Heute Nachmittag $1^3/_4$ Uhr entschlief sanft mein inniggeliebter Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Partikulier

C. F. Wendt,

im 70. Lebensjahre.

Stettin, den 15. Juni 1879.

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung geschieht am Dienstag, den 17., Nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Lindenstraße 23, aus.